

Ausschuss-Beratungen am 15. Jänner 2025 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch. Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 15. Jänner 2025 ab 9:00 Uhr, gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.

Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können <u>live</u> angeschaut werden.

Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr): Tarife für Einheimische

Der Antrag von ÖVP und FPÖ wird am Mittwoch im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Der Tourismus ist sehr wichtig für Salzburg.
Die Angebote im Tourismus sollen auch Einheimische nutzen können.
Dafür gibt es sogenannte Einheimischen-Tarife.
Unter Einheimischen-Tarifen versteht man
günstigere Preise für Einheimische.
Zum Beispiel für Museen, Thermen und Seilbahnen.

Es gibt aber rechtliche Probleme mit den Einheimischen-Tarifen.

Es kann sein,

dass das gegen EU-Regeln verstößt.

Zum Beispiel:

Der Verein für Konsumenteninformation

hat gegen ein Freizeit-Ticket in Tirol geklagt.

Das Ticket war nur für Menschen mit Wohnsitz in Tirol erhältlich.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie erlaubt

KEINE Diskriminierung aufgrund von Wohnsitz.

Für bestimmte Fälle gelten Ausnahmen.

ÖVP und FPÖ fordern:

Die Einheimischen-Tarife sollen auf EU-Ebene besser abgesichert sein. Sie sollen auch ausgeweitet werden.



Seilbahnen und ähnliche Einrichtungen sollen weiterhin von der EU-Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen bleiben.

TOP 2 und TOP 3 (9:30 Uhr): Flüchtlinge aus Syrien

Der Antrag der FPÖ und der Antrag der ÖVP werden am Mittwoch im Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik diskutiert.

Viele Flüchtlinge aus Syrien haben in Österreich Asyl bekommen.

Asyl bedeutet:

Die Flüchtlinge bekommen

Schutz vor Krieg und Verfolgung.

Im Dezember 2024 hat es eine Veränderung in Syrien gegeben.

Das Assad-Regime ist NICHT mehr an der Macht.

Das Assad-Regime war die Regierung von Präsident Bashar al-Assad in Syrien.

Viele Menschen sind vor dieser Regierung geflohen.

Die FPÖ fordert:

Alle Asyl-Anträge von syrischen Flüchtlingen sollen gestoppt und überprüft werden. Auf EU-Ebene soll die Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien vorbereitet werden.

Die ÖVP fordert:

Alle Asyl-Bescheide für Syrer sollen rechtlich überprüft werden. Die Asyl-Verfahren für Syrer sollen unterbrochen werden. Die EU soll sich für den Wieder-Aufbau von Syrien und die Rückführung von Syrern einsetzen.

TOP 4 (10:30 Uhr):

Ehrenamt

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch im <u>Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur</u>diskutiert.

Ehrenamt bedeutet:

Viele Menschen arbeiten freiwillig und ohne Bezahlung. Zum Beispiel in Vereinen und Organisationen.



Die ehrenamtliche Arbeit ist sehr wichtig für die Gesellschaft. Junge Menschen können in der ehrenamtlichen Arbeit viel lernen. Sie können Verantwortung übernehmen.

Die SPÖ fordert:

Das Thema Ehrenamt soll mehr in der Schule behandelt werden. Schulen sind ein guter Ort, damit sich junge Menschen für ehrenamtliche Arbeit begeistern.

Schulen und Vereine sollen besser zusammenarbeiten. Schüler und Schülerinnen, die ehrenamtlich arbeiten, sollen dafür Freistellungen bekommen.

TOP 5 (11:00 Uhr): Geförderte Miet-Wohnungen

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch im Finanz-Ausschuss diskutiert.

In Salzburg sind Grundstücke teuer. Es gibt wenige günstige Miet-Wohnungen.

Die Landes-Verwaltung zieht 2026 in ein neues Gebäude am Salzburger Hauptbahnhof. Durch den Umzug werden einige Grundstücke frei. Zum Beispiel das Grundstück in der Michael-Pacher-Straße 36.

Das Land Salzburg hat beschlossen, dass dieses Grundstück verkauft wird.

Die KPÖ PLUS fordert:

Das Land Salzburg soll seine Grundstücke behalten.
Die Grundstücke sollen für den Bau
von günstigen Wohnungen genutzt werden.
Die Grundstücke sollen für den Bau von günstigen Wohnungen
an gemeinnützige Bauträger vergeben werden.



TOP 6 (12:00 Uhr):

Runder Tisch:

Bessere Betreuung von älteren Menschen mit psychischen Erkrankungen und Sucht-Problemen

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch im Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit diskutiert.

Runder Tisch bedeutet:

Ein Runder Tisch ist ein Treffen, bei dem sich verschiedene Leute zusammensetzen. Sie sprechen über ein Problem. Sie versuchen, dass sie gemeinsam eine Lösung finden.

Im Antrag geht es um die bessere Betreuung von älteren Menschen mit psychischen Erkrankungen und Sucht-Problemen. Es gibt zu wenige Wohnplätze für diese Menschen.

Die Landesregierung hat ein Projekt für die Betreuung vor kurzem gestoppt. Für das Projekt sind 30 Menschen auf der Warteliste für einen Wohnplatz gestanden.

Die GRÜNEN fordern:

Die Landesregierung soll einen Runden Tisch organisieren.
Fachleute und Betroffene sollen gemeinsam Lösungen finden.
Am Runden Tisch sollen Fachleute und betroffene Menschen teilnehmen.
Die Landesregierung soll dem Landtag
über die Ergebnisse berichten.

TOP 7 (14:00 Uhr): Bürgerrat zum Bodenschutz

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.

Bei einem Bürger-Rat diskutieren Bürgerinnen und Bürger mit Fachleuten zu einem bestimmten Thema.



Die Bürgerinnen und Bürger werden zufällig ausgewählt. Sie machen gemeinsam Vorschläge für die Politik.

Bodenschutz bedeutet:
Der Boden wird geschützt,
damit er gesund bleibt.
Das ist wichtig,
weil wir den Boden für Pflanzen, Tiere
und sauberes Wasser brauchen.

Die GRÜNEN fordern:

Die Landesregierung soll einen Bürgerrat zum Bodenschutz einrichten. Bürgerinnen und Bürger sollen über den Bodenschutz diskutieren. Sie sollen Empfehlungen geben.

Die Ergebnisse sollen bei den Maßnahmen zum Bodenschutz beachtet werden.

Maßnahmen zum Bodenschutz sind zum Beispiel:

Es wird weniger Boden verbaut.

Es werden mehr Bäume gepflanzt.

Die Landesregierung soll den Landtag über den Fortschritt informieren.

TOP 8 (14:30 Uhr):

Heizkosten-Zuschuss

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch im <u>Verfassungs- und Verwaltungsausschuss</u> diskutiert.

Der Heizkosten-Zuschuss ist eine finanzielle Unterstützung für die Heizkosten im Winter.

Salzburgerinnen und Salzburger mit wenig Einkommen können einmal im Jahr einen Heizkosten-Zuschuss bekommen.

Viele Menschen wissen NICHT, dass es diesen Zuschuss. Deshalb bekommen viele diesen Zuschuss NICHT.

Die KPÖ PLUS fordert:

Der Zuschuss soll automatisch ausbezahlt werden. Salzburgerinnen und Salzburger mit wenig Einkommen



sollen automatisch ein Antrags-Formular bekommen. Dafür soll es Formulare in Papierform geben.

TOP 9 (15:30 Uhr):

Phishing

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen diskutiert.

Phishing bedeutet:

Betrüger versuchen,

dass sie an deine persönlichen Daten kommen.

Zum Beispiel: Passwörter oder Bankinformationen.

Die Betrüger verwenden oft gefälschte E-Mails oder Webseiten. Sie geben sich oft als Personen aus oder als Organisationen.

Die SPÖ fordert:

Kundinnen und Kunden von Banken sollen besser vor Betrug geschützt werden. Es soll mehr für die Sicherheit unternommen. Zum Beispiel:

Sicherheitscodes sollen per Post geschickt werden.

TOP 10 (16:00 Uhr):

Neutor-Sperre

Der Antrag von FPÖ und ÖVP wird am Mittwoch im Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität diskutiert.

Das Große Festspielhaus in Salzburg wird umgebaut.

Das Festspielzentrum beim Schüttkasten neben dem Neutor wird gebaut.

In der Zeit vom Umbau wird das Neutor
für die meisten Fahrzeuge gesperrt.

Der Salzburger Gemeinderat hat beschlossen: Nach dem Umbau soll das Neutor weiter gesperrt bleiben. Es sollen nur mehr wenige Fahrzeuge durchfahren dürfen. Zum Beispiel:



Busse, Taxis, Lieferanten und Bewohner in der Altstadt.

FPÖ und ÖVP fordern:

Der Salzburger Landtag soll die Neutor-Sperre ablehnen.

Die Stadtregierung soll die Auswirkungen von der Sperre genau untersuchen. Sie soll die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. Erst danach soll sie eine endgültige Entscheidung treffen.

Die Stadtregierung soll einen neuen Plan für den Verkehr vorlegen. Der Grund ist:

Der ursprüngliche Plan für den S-LINK wird nicht durchgeführt.

TOP 11 (17:00 Uhr): Keine Pflicht mehr für Kassen-Belege

Der Antrag von ÖVP und FPÖ wird am Mittwoch im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen diskutiert.

Seit 2016 müssen Unternehmer bei Barzahlungen einen Beleg ausstellen:
Sie müssen den Beleg dem Käufer geben.
Die Käufer müssen den Beleg mitnehmen, bis sie das Geschäft verlassen haben.
Bei kleinen Einkäufe nehmen die Kunden die Belege aber nur selten mit.

ÖVP und FPÖ fordern:

Die Pflicht für Kassen-Belege soll abgeschafft wird. Die Regel soll für Beträge unter 30 EURO gelten. Kunden und Unternehmer sollen wählen können, ob sie einen Beleg möchten.

.



Wörterbuch:

Phishing:

Phishing bedeutet:
Betrüger versuchen,
dass sie an deine persönlichen Daten kommen.
Zum Beispiel: Passwörter oder Bankinformationen.

S-LINK:

Es gibt den Plan für eine neue Bahn-Verbindung. Diese Bahn-Verbindung nennt man auch S-LINK. Link bedeutet Verbindung. Die Bahn soll den Flachgau, die Stadt Salzburg und den Tennengau besser verbinden.

Im November 2024 haben die Bürgerinnen und Bürger abgestimmt. Sie haben über den Verkehrs-Plan und den S-Link abgestimmt. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat gegen den Plan gestimmt.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt. Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen. Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.

Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.

Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.

Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.



Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen. Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten. Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen. Zum Beispiel: zum Thema Soziales oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum. Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs. Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.



SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen, die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen, die mit der Zusammenarbeit von Österreich und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau. Zum Beispiel: Planungen für den Öffentlichen Verkehr oder für neue Straßen oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge, die man zum Leben braucht gesprochen, zum Beispiel das Wasser oder die Luft.



Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen. Es geht um Fragen, wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge, die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten, wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft, ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen, die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen. Es soll alles transparent sein. Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es um das Ersuchen von Behörden. Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion. Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung von Abgeordneten.



Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.



Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von <u>capito Graz</u> als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den Salzburger Landtag in Leichter Sprache

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. <u>Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim</u>

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.